

---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **KNELL: FRAUEN BRAUCHEN KEINE PRÜFPROZESSE, SONDERN STRUKTURVERÄNDERUNGEN**

09.12.2025

---

- **Freie Demokraten fordern Strategie statt punktueller Projekte**
- **Bildungspolitik als zentrales Handlungsfeld**
- **Ministerin lässt Führung und Ziele vermissen**

Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat sich von der heute von Sozialministerin Heike Hofmann gehaltenen Regierungserklärung zur Frauenpolitik enttäuscht gezeigt. „Ein Aufbruch in der Frauenpolitik entsteht nicht durch wohlklingende Worte. Gleichstellung ist kein Randthema, das man je nach politischer Wetterlage hervorholt. Gleichstellung ist Standortpolitik, Familienpolitik, Sicherheitspolitik und Wirtschaftspolitik zugleich. Deshalb braucht Frauenpolitik eine klare Führung, eine klare Richtung und klare Ziele. All das lässt die Ministerin vermissen“, kritisiert Knell. „Frauen tragen mehr Last, haben weniger Einkommen und geringere Aufstiegschancen – und das nicht, weil sie weniger können, sondern weil die Rahmenbedingungen nicht gerecht gestaltet sind. Frauen scheitern nicht an ihrem Willen. Frauen scheitern an Strukturen. Diese Strukturen sind kein Zufall, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen oder politischer Unterlassung. Daran wird sichtbar, dass die Maßnahmen der Landesregierung nicht ausreichen. Denn zu oft bleibt es bei Prüfaufträgen, bei Absichtserklärungen oder bei punktuellen Projekten, die nicht in die Fläche kommen. Frauen brauchen aber keine Prüfprozesse, sie brauchen Ergebnisse und eine landesweite Strategie, die Strukturen verändert.“

Ein zentrales Handlungsfeld ist nach Überzeugung der Freien Demokraten die Bildung: „Es braucht eine moderne Bildungspolitik, die ökonomische, digitale und technische Kompetenzen verbindlich verankert. Berufsorientierung muss Talente erkennen, nicht

Rollenbilder reproduzieren. Mädchen sollen MINT nicht entdecken müssen – MINT sollte ihnen selbstverständlich offenstehen. Darüber hinaus gehört Finanzbildung in die Schule, nicht erst in die Volkshochschule. Alles, was bislang im fächerübergreifenden Unterricht versucht wurde, hat das grundlegende Problem nicht gelöst: Das Finanzwissen ist insgesamt zu niedrig – und Frauen sind davon überproportional betroffen. Dabei hätten gerade Frauen aufgrund niedrigerer Einkommen, Teilzeitphasen und längerer Lebenserwartung einen besonderen Bedarf an privater Vorsorge", erklärt Knell.

---

**Kontakt:**

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)